Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Aufrüstung
2. Lockerung der Schuldenbremse nur für Verteidigung wäre ökonomisch falsch
3. Bundesregierung soll langfristigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unterstützen
4. Deutschland wendet sich von nuklearer Abrüstung ab
5. Kommt heute Nacht die nächste Horrorshow aus Washington?
6. Oscar für „No Other Land"Der vergessene beste Dokumentarfilm
7. Gaza-Tagebuch: Wasser aus Pfützen, Trump und der Tod
8. Meinungsfreiheit in Deutschland: Felix Klein will mehr Trump wagen
9. Chinesische Turbinen in Windpark vor Borkum: Politik ist alarmiert
10. Krankenkassenchef: Doppelte Zuzahlung bei Arznei und Comeback der Praxisgebühr
11. Antrag beim Bundesamt für soziale Sicherung gestellt: Erste Pflegekasse braucht Finanzhilfe
12. Fachkräftemangel war gestern: Jetzt kommt die große Entlassungswelle
13. Wie während der Corona-Pandemie die Regeln der Wahrheitsfindung ignoriert wurden
14. „Kann man nicht einfach so aufholen. Das ist ein Zukunftsproblem für die Gesellschaft"
15. PR-Sprache – auch Journalisten verwenden sie
16. Will das Landgericht das Trauerspiel gegen Ballweg beenden?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Aufrüstung**
    a. **Rüsten ohne Grenzen**

Die Unionsparteien und die SPD öffnen den Weg zu einer finanziell nicht mehr begrenzten Aufrüstung der Bundeswehr. Wie die künftigen Regierungsparteien am gestrigen Dienstag beschlossen, soll nicht nur ein 500 Milliarden Euro schweres Schuldenprogramm die Instandsetzung maroder Infrastruktur in Deutschland ermöglichen, etwa militärisch wichtige Verkehrswege nach Osten. Rüstungsausgaben, die ein Prozent der Wirtschaftsleistung übersteigen, werden in Zukunft von der Schuldenbremse ausgenommen sein. Damit können beliebig hohe Aufwendungen für die Bundeswehr getätigt werden. Der Schritt geht mit der Schaffung eines neuen EU-Aufrüstungsprogramms einher, das laut Kommissonspräsidentin Ursula von der Leyen bis zu 800 Milliarden Euro für die Beschaffung von Kriegsgerät in der EU mobilisiert.
Quelle: German Foreign Policy

b. **Besser kann man die Geldverschwendung kaum demonstrieren**
2024 kaufte die Bundeswehr über 100 Panzerfahrzeuge für 2,7 Mrd. €. Ökonomen raten KOA-Verhandlern jetzt: Kein weiteres „Rheinmetall"-Paket mit veralteter Technik! Keine 25-Mio.-€-Panzer, die eine 5000-€-Drohne ausschalten kann! – Besser kann man die Geldverschwendung kaum demonstrieren.
Es werden auf die Schnelle Milliarden für rasch produzierbare Waffensysteme verbraten, obwohl diese durch die Erfahrungen des Ukraine-Kriegs schon überholt sind. Eine teure Hektik, die nur den Rüstungsproduzenten und ihren Aktionären nützt.
Quelle: Arno Gottschalk auf Twitter/X

dazu: **Rüstungsindustrie: Bundeswehr vergibt Milliarden-Auftrag an Rheinmetall (21.03.2024)**
Die Bundeswehr hat mehr als hundert Panzerfahrzeuge beim Rüstungskonzern Rheinmetall bestellt. Insgesamt geht es bei dem Auftrag um 2,7 Milliarden Euro. Produziert werden sollen die Fahrzeuge nicht nur in Deutschland.
Quelle: tagesschau

c. **Rüstungsfirmen nehmen Kurs auf Berlin: Wirtschaftsförderer rechnen mit Investitionen aus den USA**
Die Wirtschaftsförderer von Berlin Partner sind vor allem im Bereich Digitalunternehmen, Kreativ- und Gesundheitswirtschaft aktiv. In diesem Jahr könnte ein neues Segment dazukommen: Militärtechnik.
Quelle: Tagesspiegel

d. **Von der Leyen: Europa wird Verteidigungsausgaben deutlich erhöhen**
Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat am

Dienstag die Initiative „ReArm Europe“ vorgestellt, deren Ziel der Aufbau eines sichereren und widerstandsfähigeren Europas ist.
Von der Leyen sagte, der neue Plan der EU zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie sowie Verbesserung der militärischen Fähigkeiten könne fast 800 Milliarden Euro mobilisieren.
Sie erklärte, man lebe in gefährlichen Zeiten und die Sicherheit Europas sei realen Bedrohungen ausgesetzt. Die EU werde vorschlagen, den Mitgliedsstaaten mehr fiskalischen Spielraum für Investitionen in die Verteidigung sowie 150 Milliarden Euro an Krediten zu gewähren. Außerdem werde man sich um die Mobilisierung von Privatkapital bemühen, so von der Leyen.
Quelle: CRI online

Anmerkung Christian Reimann: *Das einstige Friedensprojekt EU – 2012 hatte die EU mit dieser Begründung des norwegischen Nobelkomitees den Friedensnobelpreis erhalten – versinkt zwar nicht im Rausch eines kriegerischen Nationalismus, ist aber zu einem Kriegsprojekt gegen Russland (auch gegen China und USA?) verkommen. Für den Todesstoß des einstigen Friedensprojektes sorgt die vermutlich korrupteste deutsche Politikerin, Frau von der Leyen in der Funktion als EU-Kommissionspräsidentin. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:*

a. *Karlspreis für Ursula von der Leyen – Gratulation!*
b. *Legal, illegal, scheißegal: Von der Leyen bricht EU-Recht, um 500 Millionen Euro in die Waffenproduktion investieren zu können*
c. *Röslein, Röslein, Röslein schwarz – warum von der Leyen eine Katastrophe für Europa wäre*

dazu auch: **Hanni & Nanni ziehen in den Krieg (und Sie mit!): 3 Fragen & 1 Beleidigung**
Nachdem sich die Fraktion der europ. Kriegsirren gerade erst unter der – für Menschen mit Gedächtnis assoziationsreichen – Selbstbezeichnung „Koalition der Willigen“ zur Organisierung der Kriegsfortsetzung zusammengetan hat, verkündet Frau vonderLeyen (langjährigen Lesern aus unseren Texten bekannt) heute, wir befänden uns in der – für Menschen mit Gedächtnis assoziationsreichen – „Ära der Wiederbewaffnung“ und kündigt an, sie werde 800 Milliarden Euro für Aufrüstung „mobilisieren“. Ups.
Wäre es jetzt nicht mal an der Zeit, Bilanz zu ziehen? Wir können die Milliarden schon gar nicht mehr zählen, die die Alte in unserem Namen irgendeiner Industrie verspricht:

71 Milliarden für Pfizer
724 Milliarden für Irgendwas nach Covid
180 Milliarden für den Green Deal
200 Milliarden oder so für „KI“ („Keine Intelligenz“)
Billionentrilliarden für die Ukraine
Und jetzt 500 Milliarden, Pardon: 800 Milliarden für Rüstung
Ist das nicht eigentlich irgendwie auch… unser Geld? Wie wäre es denn da mit einer klitzekleinen Volksabstimmung, ob das wirklich dem Mehrheitswillen der EU-Bürger entspricht?
Quelle: Martin Sonneborn via Twitter/X

2. **Lockerung der Schuldenbremse nur für Verteidigung wäre ökonomisch falsch**
Aktuell wird diskutiert, durch eine Änderung des Grundgesetzes schnell mehr Verschuldungsspielraum für höhere Verteidigungsausgaben zu schaffen, ohne zugleich mehr öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Dieser Ansatz ist ökonomisch falsch und gefährdet den Wohlstand Deutschlands. Ein kreditfinanziertes öffentliches Investitionsprogramm ist in Zeiten von höheren Verteidigungserfordernissen durch eine veränderte geopolitische Lage sogar noch wichtiger als ohnehin schon, weil es für die Zukunft mehr Wirtschaftsleistung und daraus folgend höhere Staatseinnahmen schafft. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Kurzstudie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Dabei unterstreichen aktuelle Berechnungen des IMK für ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm, das über die kommenden zehn Jahre insgesamt 600 Milliarden Euro für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, Energienetze, Digitalisierung und Bildung mobilisiert: Bis 2045 ergibt sich durch dieses Programm ein kumulierter Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um bis zu 4750 Milliarden Euro. Für die öffentliche Hand ergeben sich daraus zusätzliche Einnahmen von bis zu gut 2300 Milliarden Euro. Die Staatsverschuldung im Vergleich zum BIP würde wegen des großen Wachstumsimpulses trotz der zusätzlichen Kredite weiter sinken.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

dazu auch: **Merz sucht die Billion**
Kommt ein neues Sondervermögen? Oder gleich zwei? Oder eine Reform der Schuldenbremse? Was man jetzt wissen muss!
Das muss man sich mal klar machen: erst hat die CDU hat die Ampel für 60 Milliarden Euro neue Schulden verklagt, dann ist die Ampel an ein paar Milliarden für die Ukraine zerbrochen und jetzt verhandelt der designierte Neu-Kanzler Merz mit der SPD über neue Schulden von sage und schreibe eine Billion Euro!

So viel Geld braucht es für die Ukraine, die Bundeswehr, die Infrastruktur – und versprochene Steuersenkungen. Und all das, wohlgemerkt, nachdem die Union im Wahlkampf noch so getan hat, als ließe sich mit ein paar Kürzungen beim Bürgergeld und bei Geflüchteten ein Steuersenkungsprogramm von 100 Milliarden Euro finanzieren – und als ginge es bei der Schuldenbremse nur um etwas mehr Flexibilität für die Länder.
Quelle: Maurice Höfgen

3. **Bundesregierung soll langfristigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unterstützen**
Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW begrüßt, dass sich jetzt auch Großbritannien und Frankreich für einen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzen wollen. Sie fordert die noch amtierende Bundesregierung auf, sich nach dem Eklat im Weißen Haus und der Aussetzung der US-Militärhilfen an eigenen diplomatischen Lösungsvorschlägen der EU zu beteiligen. Die Friedensnobelpreisorganisation fordert jedoch eine dauerhafte Waffenruhe und eine internationale Friedenskonferenz unter Einbeziehung aller Kriegsparteien und relevanten Gruppen statt weiterer Waffenlieferungen und Milliarden für die Aufrüstung.
Sicherheitsgarantien müssen letztlich aus der „Friedenslogik“ entwickelt werden auf dem Weg über vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Sie sollten auf Demilitarisierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung beruhen.
Quelle: IPPNW

dazu auch: **Real Game of Thrones: KOALITION DER WILLIGEN 2.0**
Dass unter König Donald üblicherweise hinter verschlossenen Türen stattfindende Verhandlungen als sogenanntes “public viewing” in aller Öffentlichkeit ausgetragen werden, gestattet den am Hofe normalerweise ausgeschlossenen Untertanen ganz ungewohnte Perspektiven auf politische Entscheidungsprozesse und die Persönlichkeiten der beteiligten Eminenzen. Die vergangene Woche übertragene Auseinandersetzung zwischen König Donald und seinem als “Das Grüne-T-Shirt” bekannten Herausforderer Wolodymyr – im exzeptionalistischen Königreich auch als “Showdown” bezeichnet – wird in dieser Hinsicht fraglos in die Geschichte des geopolitischen Wrestling eingehen.
Quelle: Mathias Broeckers

und: **Trump: Selenskyj zu Verhandlungen mit Russland über Kriegsende bereit**
US-Präsident Trump hat eine Annäherung mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj

angedeutet. In der ersten Kongressrede seiner neuen Amtszeit sagte Trump, er habe ein Schreiben von Selenskyj erhalten. Darin sei die Rede davon, dass die Ukraine bereit sei, unter der Führung der USA einen Frieden mit Russland auszuhandeln.
Quelle: Deutschlandfunk

4. **Deutschland wendet sich von nuklearer Abrüstung ab**
   IPPNW kritisiert Fehlen der deutschen Bundesregierung bei der Konferenz des Atomwaffenverbotsvertrags
   Die Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW kritisiert die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, nicht an der 3. Konferenz der Mitgliedsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags teilzunehmen. Diese Konferenz findet in dieser Woche bei den Vereinten Nationen in New York statt. Die deutsche Bundesregierung nimmt zum ersten Mal nicht an den Vertragskonferenzen teil.
   Quelle: IPPNW
5. **Kommt heute Nacht die nächste Horrorshow aus Washington?**
   Heute geht es um die Rede von US-Präsident Donald Trump vor dem Kongress, die erneute Kriegsgefahr im Gazastreifen und Nickeligkeiten zwischen Union und SPD während der Koalitionssondierung. […]
   Während Europa noch nach einer Antwort sucht auf die harsche Abkehr des, gewöhnen wir uns schon einmal an die neue Bezeichnung, Trump-Regimes von der Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg, richtet sich die Aufmerksamkeit jenseits des big, beautiful ocean schon wieder auf Interna: Was wird Donald Trump in seiner heutigen Rede vor dem Kongress verkünden?
   Quelle: DER SPIEGEL

   Anmerkung Jens Berger: *Endlich ist es so weit! Ich habe schon sehnlichst gewartet. Nun nennt der SPIEGEL die US-Regierung zum m.W. ersten mal in einem Nebensatz "Trump-Regime". Aber immerhin wird er noch als "Präsident" tituliert. Ich wette, es dauert keinen Monat, bis er nur noch "Machthaber" ist. In einem Jahr droht ihm dann die Beförderung zum "Autokraten" oder gar zum "Diktator". Der SPIEGEL ist doof, aber zum Glück auch berechenbar doof.*

6. **Oscar für „No Other Land"Der vergessene beste Dokumentarfilm**
   „No Other Land" gewinnt einen Oscar, aber nicht die Aufmerksamkeit der Medien. Dabei könnte Journalismus alles benennen, was in Nahost geschah und geschieht. […]
   Die Oscars um acht Uhr morgens: Ich finde auf tagesschau.de keinen Hinweis darauf, dass „No Other Land" den Oscar für den besten Dokumentarfilm bekommen hat – die

vielfach preisgekrönte Produktion, die Probleme der palästinensischen Bevölkerung mit ihrer Behandlung durch Siedler und die israelische Armee beschreibt, was dann auf der Berlinale zu Kritik an Israel führte, die nicht erwünscht war.
Die Politik hatte nämlich gerade beschlossen, der Kunst an Kunstfreiheit zu nehmen, was sie nicht mehr für angemessen hält, wegen der „Staatsräson".
Quelle: taz

7. **Gaza-Tagebuch: Wasser aus Pfützen, Trump und der Tod**
   Unser Autor ist zurück in seinem Zuhause im Norden des Gazastreifens. Es gibt kaum Wasser, keinen Strom und alle fragen sich: Wie wird es weitergehen?
   W ir sind in unsere Häuser zurückgekehrt – nach anderthalb Jahren der Vertreibung. Aber wir alle haben unzählige Sorgen mitgebracht und Szenen, die wir nicht vergessen können, Szenen, die uns wohl ein Leben lang in Erinnerung bleiben werden. Jedes Haus hat mindestens einen Märtyrer verloren, und es gibt keinen einzigen Haushalt, in dem es keine Kriegsverletzten gibt. Die Familien sind zurückgekehrt, aber viele ihrer Kinder haben sie unter der Erde zurückgelassen.
   Quelle: taz

   dazu: **Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten – Gaza, Westjordanland, Libanon, Syrien, Irak, Jemen, Iran**
   Die ganze Welt schaut auf den Streit zwischen US-Präsident Donald Trump und „Präsident" Wolodymyr Selenskyj. Doch der Vernichtungskrieg Israels gegen die Palästinenser in mehreren Regionen – noch immer mit Unterstützung der USA und Deutschlands – darf deswegen nicht übersehen und/oder gar vergessen werden. Unsere Spezialistin für den Mittleren Osten Karin Leukefeld hat eben wieder einen Bericht verfasst, in dem sie beschreibt, was zur Zeit in Palästina abläuft. Weitere Berichte zu anderen Kriegsregionen werden folgen. Und siehe auch die Ergänzungen am Ende dieses Artikels. (cm)
   Quelle: Globalbridge

8. **Meinungsfreiheit in Deutschland: Felix Klein will mehr Trump wagen**
   Der Antisemitismusbeauftragte fordert den Einsatz des Verfassungsschutzes an Universitäten. Zugleich äußert er Verständnis für die Vertreibungsfantasien des US-Präsidenten.
   Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, hat gefordert, den Verfassungsschutz an deutschen Universitäten einzusetzen. In der „linken, gerade auch akademischen Welt" würden Islamismus und Terror verharmlost, sagte der Beauftragte in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung, das am Dienstag erschien. Das „Ausmaß der kritiklosen Blindheit gegenüber der Hamas" sei in diesen

Kreisen „wirklich atemberaubend“. Dieses „Ausmaß an Radikalität“ dürfe der Staat nicht hinnehmen, das sei Antisemitismus. Dagegen reiche die reine Präventionsarbeit nicht aus, so der Jurist – da seien „auch die Sicherheitsbehörden wie der Verfassungsschutz gefragt“.
Quelle: taz

9. **Chinesische Turbinen in Windpark vor Borkum: Politik ist alarmiert**
Konkret geht es um 16 Turbinen, die der Hamburger Vermögensverwalter Luxcara im Windpark Waterkant vor Borkum verbauen will. Die Turbinen kommen aus China und sind aus Sicht von Innen- und Verteidigungsexperten in Berlin ein Sicherheitsproblem. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Roderich Kiesewetter warnt, China könne damit nicht nur kritische Infrastruktur angreifen, sondern dies auch zur Lagebildgewinnung nutzen, um militärisch relevante Infrastruktur und Bewegungen auszuspionieren.
Quelle: NDR

Anmerkung unseres Lesers A.S.: *Herr Kiesewetter sucht wohl bereits nach neuen Feindbildern.*

10. **Krankenkassenchef: Doppelte Zuzahlung bei Arznei und Comeback der Praxisgebühr**
Die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden auch in diesem Jahr wieder steigen. Selbst bisher günstige Kassen müssen deutlich mehr verlangen. Und ein Ende der Entwicklung ist nicht abzusehen. Wenn nichts geschieht, wird das System kollabieren, sagt Ralf Hermes, Vorstand der IKK Innovationskasse. Er fordert eine „Sofortbremsung“: Sämtliche Ausgaben der GKV sollen eingefroren werden. Die Kosten dürfen sich vorerst nicht erhöhen. Und: Die Versicherten sollen für bestimmte Leistungen doppelt so viel zuzahlen.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkungen unseres Lesers M.F.: *Warum nennt er das Kind nicht beim Namen? Versicherungsfremde Leistungen sowie zigtausende Einwanderer, Flüchtlinge, Migranten, die noch nie einen Cent eingezahlt haben. Diese Kosten müssen vom Bund übernommen werden, was ja kein Problem sein dürfte, da für die Rüstung Milliarden freigegeben werden sollen!*

Anmerkung Christian Reimann: *Wer gehofft hatte, mit Lauterbach als Bundesgesundheitsminister könne das Gesundheitssystem zugunsten der Bürgerinnen und Bürger funktionieren, wird immer mehr enttäuscht. Die gesetzlich Versicherten werden immer mehr wie eine Zitrone behandelt – und (finanziell) ausgepresst. Bitte*

lesen Sie dazu z.B. auch Der Zechpreller: 75 Millionen bezahlen Lauterbachs Klinikreform – er selbst nicht.

dazu auch: **Krankenkassen-Appell an neue Regierung: Ausgabenstopp – sonst droht neuer Beitragssprung**
Angesichts des Milliarden-Defizits in der gesetzlichen Krankenversicherung haben die Kassen Union und SPD aufgefordert, bei ihren Koalitionsverhandlungen drastische Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzen zu vereinbaren. „Wir brauchen ein Ausgabenmoratorium, damit die Ausgaben nicht weiterhin schneller steigen als die Einnahmen“, sagte die Chefin des Kassen-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Das Moratorium müsse so lange gelten, bis durch geeignete Strukturreformen Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht gebracht seien.
Nach ihren Angaben betrug das Defizit der Krankenkassen im vergangenen Jahr nach den neuesten Berechnungen 6,2 Milliarden Euro. Es lag damit sogar noch 700 Millionen Euro höher als zuletzt erwartet. „Die Ausgabendynamik ist ungebrochen, es muss nun schnell gehandelt werden“, mahnte sie.
Quelle: RND

11. **Antrag beim Bundesamt für soziale Sicherung gestellt: Erste Pflegekasse braucht Finanzhilfe**
Finanziell wird die Luft für die Pflegekassen dünner. Die erste hat jetzt Hilfen beim Bundesamt für soziale Sicherung beantragt. Es wird voraussichtlich nicht die letzte Kasse sein. Das könnte sich zu einem handfesten Problem hochschaukeln.
Quelle: Ärztezeitung
12. **Fachkräftemangel war gestern: Jetzt kommt die große Entlassungswelle**
Trotz Fachkräftemangel kündigen immer mehr Unternehmen Personalabbau an. Von VW bis DB – die Liste wächst. Doch was bedeutet das für die Betroffenen?
Die Meldungen gleichen sich. Trotz Fachkräftemangel sprechen Unternehmen von Personalabbau. Ob Volkswagen, SAP, Commerzbank oder Deutsche Bahn – in diesem Jahr haben besonders viele Unternehmen Programme zum Personalabbau gestartet. Nach einer Umfrage des Verbands der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) halten sich viele Unternehmen aktuell mit Investitionen zurück. Ein Viertel will stattdessen in den nächsten sechs Monaten Personal abbauen.
Quelle: Telepolis
13. **Wie während der Corona-Pandemie die Regeln der Wahrheitsfindung ignoriert wurden**
Am Beispiel des unkorrekten Narrativs der „Pandemie der Ungeimpften“ zeigt sich,

welche Folgen verfälschende Informationsverzerrungen haben können.
Unsere wissensbasierte Informationsgesellschaft scheint auf eine Wahrheitskrise zuzusteuern. So fordern mehrere internationale Organisationen wie das World Economic Forum und die Europäische Union, gegen „Misinformation“ (Falschinformation) und „Desinformation“ (gezielte Falschinformation) vorzugehen, da vor allem Desinformation, die von politischen und ökonomischen Interessen, aber auch von Affekten und Impulsen getrieben ist, den nötigen rationalen Diskurs in Demokratien behindert. Die Unsicherheit über den Wahrheitsgehalt von Informationen wird jüngst noch verschärft durch die rasch aufkommende generative KI, die im digitalen Wissensraum immer schwerer zu identifizierende Simulationen von Wahrheit und Wirklichkeit herstellt, verstärkt durch Social Media.
Quelle: Berliner Zeitung

14. **„Kann man nicht einfach so aufholen. Das ist ein Zukunftsproblem für die Gesellschaft“**
Die Folgen der Coronazeit haben bei Kindern und Jugendlichen Spuren hinterlassen, einigen haben die Beschränkungen gesundheitlich zugesetzt. Mediziner beobachten fünf Jahre nach dem ersten Lockdown zunehmend Essstörungen, Depressionen und Ängste.
Binnen Wochen verliert Anna gut zehn Kilo, sie friert ständig, hat Haarausfall, die Füße schlafen ein. „Sie war immer schon schlank, ist dann aber wirklich sehr dünn geworden, hat kaum noch gegessen“, erzählt die Mutter über ihre damals 17-jährige Tochter. Klar war, mit ihr stimmte etwas nicht. „Es ging ihr schlecht.“ Anna brauchte Hilfe.
Quelle: Welt Online
15. **PR-Sprache – auch Journalisten verwenden sie**
Früher gab es «Probleme» und «Schwierigkeiten». Heute kaum mehr. Heute gibt es fast nur noch «Herausforderungen».
Radio SRF berichtete: «Die Schulen haben in den letzten Jahren grosse Herausforderungen gestemmt.». Damit war mit vielen Worten so gut wie nichts gesagt. Und es war eine Beschönigung, die aus einer PR-Küche stammen könnte, aber nicht von einem seriösen Radio verbreitet werden sollte.
Es ging um Corona, die Integration ukrainischer Kinder, den Mangel an Lehrern und Lehrerinnen. Also um veritable «Schwierigkeiten» oder sogar «Probleme», nicht bloss um «Herausforderungen».
Quelle: Infosperber
16. **Will das Landgericht das Trauerspiel gegen Ballweg beenden?**
Die Kammer bittet die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung zum internen Gespräch – Der Willkürprozess gegen den Corona-Kritiker und Querdenken-Gründer

beschädigt den Rechtsstaat
Quelle: Overton Magazin